

## ***PRESSEINFORMATION***

**Silke Hinrichsen**

**Kiel, den 19.02.2004**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

*„Personalserviceagenturen sind nur eine Ergänzung der Arbeitsmarktpolitik  
- die große Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind sie nicht.“*

### **TOP 30 Personalserviceagenturen (Drs. 15/3204)**

Im Rahmen des Hartz-Konzeptes spielte das Instrument der Personalserviceagenturen bei der Bemühung um schnellere und zielgenauere Vermittlung von Arbeitslosen eine nicht ganz unwichtige Rolle. Die Idee war, dass die Arbeitsämter flächendeckend als Träger oder durch Lose Personalserviceagenturen errichten sollen und qualifizierte Arbeitslose zum örtlichen Tariflohn als Leiharbeiter zu vermitteln. Das Konzept der vermittlungsorientierten Zeitarbeit setzte also darauf, Arbeitslose in Zeitarbeitsunternehmen zu beschäftigen.

Der Vorteil für alle Beteiligten schien auf der Hand zu liegen: Zum einen sollen die Personalserviceagenturen die Arbeitslosen schneller wieder in Arbeit bringen, in dem sie auf Zeit an Firmen für bestimmte Aufgaben verliehen werden. Zum anderen sollten die Unternehmen durch dieses Angebot flexibler auf wirtschaftliche Entwicklungen reagieren können indem sie qualifizierte Leiharbeiter bei konkreten Auftragseingängen oder Projekten schnell und unbürokratisch durch das Arbeitsamt erhalten, ohne sich langfristig zu binden und ohne Kündigungsschutzbestimmungen. Die Bundesagentur spart Arbeitslosengeld und die Leiharbeitsfirma bekommt pro vermittelten Arbeitslosen einen Zuschuss.

Bei der Präsentation des Hartz-Modells im Sommer 2002 gingen die Experten auf Sicht von mehreren 100.000 Beschäftigten bei den PSA's aus. Der vorliegende Bericht zeigt, dass die Einführung der Personal-Service-Agenturen – der PSA's – auch in Schleswig-Holstein ä-

berst schleppend anläuft. Zum 31.12.2003 sind knapp über 1.100 Arbeitslose in Schleswig-Holstein real bei einer PSA beschäftigt und verdienen als Leiharbeiter ihr Geld. Auch die durchschnittliche Verleihquote liegt mit ca. 40% nicht sehr hoch. Das sind schon enttäuschende Zahlen.

Bundesweit sind die bisherigen Zahlen der Personal-Service-Agenturen ebenfalls nicht berauschend. Natürlich liegt das vor allem an der schwachen konjunkturellen Entwicklung. Das zeigt ja auch die Insolvenz des großen privaten Leihunternehmens Maatwerk, der fast 200 Verträge mit der Bundesagentur und ca. 9.500 Personal-Service-Agenturen – Beschäftigte im ganzen Bundesgebiet hat. Maatwerk gilt als ein Personaldienstleister, der ausgesprochen offensiv das Instrument der PSA einsetzte und scheint damit jetzt gescheitert zu sein. In Schleswig-Holstein hat Maatwerk nur eines der 23 Lose erhalten - und zwar in Lübeck. Deshalb wird uns diese Insolvenz wohl nicht so treffen wie andere Bundesländer.

Natürlich müssen in der Anfangsphase erst einmal die vielen bürokratischen und praktischen Hindernisse, die sich bei der Umsetzung der PSA vor Ort ergeben haben, überwunden werden, dann scheint die Wirtschaft dieses Instrument noch nicht so anzunehmen, wie man es sich vorgestellt hatte. Dennoch muss man aus Sicht des SSW schon jetzt feststellen, dass wir angesichts der großen strukturellen Arbeitslosigkeit auch in Zukunft kaum an die Zahlen, die 2002 vom Hartz genannt wurden, herankommen werden.

Deshalb ist die Errichtung von PSA's aber keineswegs verkehrt, aber sie können wahrscheinlich nur als eine Ergänzung zu den vielen anderen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik angesehen werden. Die große Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind sie nicht. Das steht jetzt schon fest. Deshalb muss die Bundesagentur für Arbeit auch genau überlegen, welche Prioritäten sie in der Arbeitsmarktpolitik für die nächsten Jahre setzt.

Der SSW bleibt dabei, dass die Bundesagentur in der jetzigen Lage keine Kürzungen im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die auf den 2. Arbeitsmarkt zielen, und bei den vielen Bildungseinrichtungen, die sich mit der Qualifizierung der Arbeitslosen beschäftigen, vornehmen darf. Eine solche Politik zerstört gewachsene Strukturen und schafft viele neue Arbeitslosen ohne das entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorhanden sind. Das zumindest zeigt der Bericht über die aktuelle Situation bei den Personalserviceagenturen sehr deutlich.